Landeshauptstadt
Mainz

Antwort zur Anfrage Nr. 0482/2026 der FDP-Stadtratsfraktion betreffend **Digitalisierung der Verwaltung für mehr Effizienz und Bürgerservice (FDP)**

Die Anfrage wird wie folgt beantwortet:

1. **Ist die Verwaltung in 2025 digitaler geworden, welche Vorteile hatte das für die Mainzer?**
2. **In welchen Bereichen wurden die Prozesse optimiert?**
3. **Wurden dadurch die Verwaltungsangestellten entlastet und konnten diese in anderen Bereichen dafür eigesetzt werden?**
4. **Wurde dadurch die Verwaltung personell schlanker und die Prozesse kürzer? Wenn ja, in welchen Bereichen und wieviel Personal wurde eingespart?**
5. **Welche Ziele hat die Verwaltung für 2026 und 2027?**
6. **Wie beurteilt die Verwaltung die Doppelstruktur auch in der Zuständigkeit zwischen Hauptamt vs. mainzDIGITAL und den im Stellenplan weiter vorgesehenen IT-Stellen im Hauptamt?**
7. **Wo wurden Prozesse besser implementiert, Zeitpläne eingehalten, damit doppelte Aufgaben, unklare Verantwortlichkeiten und uneinheitliche Kommunikation nun standardisiert und durch klare Zuständigkeiten und Aufgaben geregelt?**
8. **Welche Kosten sind entstanden und mit welchen weiteren Kosten rechnet die Verwaltung für die Jahre 2026 und 2027?**

Die Fragen werden zusammengefasst wie folgt beantwortet:

Die Umsetzung des vorliegenden Berichts zur IT-Leistungserbringung befindet sich derzeit noch in der Anfangsphase. Zwischenzeitlich hat die DigIT-Konferenz ihre Arbeit aufgenommen und dient als zentrales Gremium zur Koordination und Steuerung der weiteren Schritte im Bereich der digitalen Transformation der Verwaltung.

Für die operative Umsetzung des Konzeptes sind zunächst entsprechende personelle Voraussetzungen zu schaffen. Dies betrifft insbesondere die Besetzung der im Organisationsuntersuchungsprozess vorgesehenen Stellen. Vor diesem Hintergrund sind bislang noch keine strukturellen Veränderungen in den Arbeitsabläufen oder Organisationsstrukturen eingetreten. Der weitere Fortschritt ist zudem maßgeblich von der Genehmigung des Haushalts sowie des Stellenplanes abhängig, da die Umsetzung der vorgesehenen Maßnahmen sowohl personelle als auch finanzielle Ressourcen erfordert.

Aussagen zu möglichen Einsparpotenzialen können zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht belastbar getroffen werden.

Zwar ist festzustellen, dass im Zuge der Umsetzung der Onlinezugangsgesetz-Anträge (OZG) die Anträge strukturierter und vollständiger eingehen. Im anschließenden Bearbeitungsprozess innerhalb der jeweiligen Fachverfahren haben sich bislang jedoch noch keine grundlegenden Veränderungen ergeben. Die wesentlichen Effizienzgewinne sind perspektivisch insbesondere durch optimierte Prozesse sowie durch weitergehende Automatisierungen innerhalb der Fachverfahren zu erwarten. Vor diesem Hintergrund ist nicht davon auszugehen, dass kurzfristig unmittelbare Einsparungen, insbesondere im Personalbereich, sichtbar werden.

Ungeachtet dessen sind in mehreren Bereichen bereits positive Entwicklungen zu verzeichnen. Dies betrifft insbesondere den weiteren Ausbau der Leistungen im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (OZG), die fortschreitende Einführung und Nutzung des Dokumentenmanagementsystems (DMS) sowie die Weiterentwicklung der Geodateninfrastruktur.

Für die kommenden Jahre ist es Ziel der Verwaltung, die Digitalisierung konsequent weiter voranzutreiben und die entsprechenden Strukturen schrittweise auszubauen. Dies erfolgt im Rahmen der vorhandenen personellen und finanziellen Möglichkeiten sowie unter Berücksichtigung der weiteren Umsetzungsschritte des von der PD entwickelten Digitalisierungskonzeptes.

Mainz, 19. März 2026

gez.
Nino Haase
Oberbürgermeister